

## Stoppelmarkt: Kritik an hohen Standgebühren

**A**us Kreisen der Barmstedter Geschäftsleute in der Innenstadt gab es deutliche Kritik am Stoppelmarktconcept. Bekanntlich hat die Stadt eine Event-Firma mit der Organisation beauftragt. Kritisiert wurde, dass die Standgebühren stark erhöht wurden, in Einzelfällen bis 500 %. Stände auf dem Marktplatz seien für Barmstedter Betriebe gar nicht möglich gewesen.



## HSH-Nordbank – eine tickende Zeitbombe auch für Barmstedt

**W**ährend im Barmstedter Rathaus über weitere Kürzungen und Streichungen nachgedacht wird, droht eine weitere Finanzkatastrophe: Eine tickende Bombe ist die HSH-Nordbank, die zu 85 % im Besitz von Hamburg und Schleswig-Holstein ist. Die Ratingagentur Fitch hat sie erst jüngst auf BBB- runtergestuft – fast vor dem Ende. Von 74 Milliarden vergebenen Krediten sind rund 16 Milliarden aufgrund der riskanten Geschäfte der



Bank faul. Die HSH kann die Kredite faktisch abschreiben, wie der Norddeutsche Rundfunk (NDR) veröffentlicht hat. Wahnsinn: Die beiden Bundesländer haben vor einigen Jahren der HSH schon 3 Mrd. Euro aus Steuergeldern gezahlt. Wenn die Bank Verluste macht, könnte demnächst auch die 10-Milliarden-Ländergarantie von Hamburg und Schleswig-Holstein fällig werden. Zum Vergleich: Der Landesetat für Schleswig-Holstein liegt bei rund 10 Mrd. Euro. Und vielleicht zusätzlich kaufen die Bundesländer die faulen Papiere und müssen für die dadurch entstehenden Verluste geradestehen. Auf jeden Fall droht hier eine gewaltige weitere Verschlechterung der Haushaltslage der Kommunen, denn die Milliarden, die zur Rettung der Bank aufgewendet werden, werden woanders fehlen, so dann auch in den Kommunen und damit auch in Barmstedt.

## Anwohnerinitiative Meierei/Käsefabrik:

# Betriebsstättenlärm reduzieren!

**D**er Bau der Meierei/Käsefabrik, direkt von Wohngebieten umgeben, stellt sich von Tag zu Tag mehr als eine große (aber gewollte) Fehlentscheidung dar. Lärmbelastigung und ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen durch an- und abfahrende LKWs sind für viele Anwohner zu einem unerträglichen Zustand herangewachsen. So beginnt der Einleitungstext zum Forderungskatalog, unter den die Anwohnerinitiative MUT ZUR VERNUNFT ca. 700 Unterschriften sammelte und der Stadtvertretung übergab.

Der erste Punkt dieser Forderungen beschäftigt sich mit dem Betriebsstättenlärm, verursacht durch Motoren und Aggregate auf dem Fabrikgelände. Besonders „nervend“ sind die permanenten „Brummgeräusche“, unter



denen die Anlieger z.B. in der Mühlenstraße, dem Feenkamp aber auch in der Danzigerstraße zu leiden haben. Seit ca. 10 Jahren fordern die Betroffenen

die Werksleitung der Meierei/Käsefabrik auf die Geräuschbelastigung abzustellen. Zunächst versuchte die Werksleitung den Anwohnern einzureden, sie soll-

ten sich nur nicht so anstellen. Die Geräusche, die sie wahrnehmen, wären eher Brummgeräusche von den Straßenlaternen oder vielleicht sogar die

Fahrgeräusche von der einige Kilometer entfernten Autobahn. Nachdem sich zunächst nichts änderte, sind die Anwohner an das Landesamt für Umwelt herangetreten, das sich nach langem Zögern endlich bereit fand Lärmmessungen durchzuführen. Diese Messungen stellten die Brummgeräusche tatsächlich fest. Sie liegen im Frequenzbereich um die 30 Hertz und überschreiten festgelegte Grenzwerte. Daraufhin sah sich die Werksleitung gezwungen die Lärmbelastigung genauer untersuchen zu lassen. Ein Ingenieurbüro wurde mit umfangreichen Messungen beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit dem Frühsommer vor und nach Angaben der Werksleitung haben mittlerweile Austauschreparaturen von Motoren und Aggregate stattgefunden. Ob die von der Meierei/Käsefabrik vorgenommenen Maßnahmen ausreichend und erfolgversprechend sind, wird der Praxistest in den nächsten Wochen zeigen.

## Beschäftigte in den Sozial- und Erziehungsdiensten:

# Wir sind doch wohl MEHR WERT!

**V**or den Sommerferien haben bundesweite Streikaktionen der Erzieher/innen und ihrer Gewerkschaft VERDI für Aufsehen gesorgt. Viele Eltern wurden durch den Streik vor große Probleme gestellt. Die Kinderbetreuung musste improvisiert werden, genauso wie in vielen Betrieben die Lücken geschlossen werden mussten, die durch fehlende Eltern gerissen wurden. Trotz dieser Probleme haben sich bei einer Umfrage des IFO-Instituts, die jetzt im Rahmen des „Bildungsbarometer 2015“ veröffentlicht wurde, 79% der Befragten für höhere Gehälter für Erzieher/innen, ausgesprochen.

Bei den Forderungen von VERDI geht es aber nicht „einfach nur“ um Lohnprozente sondern es geht um Tätigkeitsmerkmale und Eingruppierungsvorschriften, also auch um Qualitätsstandards in der Erziehung unserer Kinder.

Überall wird gefordert, dass das Bildungsniveau höher werden muss, dass nur über eine umfangreiche Grundlagenbildung und durch soziale Kompetenz genügend (hoch-) qualifizier-

te Arbeitskräfte in der Zukunft zur Verfügung stehen werden. Um diesen Auftrag zu erfüllen braucht es Erzieher/innen mit guter Qualifikation, mit umfangreichen Kenntnissen, Motivation und Einsatz.



Dieses ist die Erwartungshaltung nicht nur der Eltern sondern der gesamten Gesellschaft. Und genau hierfür müssen die Rahmenbedingungen vorhanden sein bzw. geschaffen werden. Selbstverständlich gehört dazu auch eine angemessene Entlohnung. Die Kommunen als Arbeitgeber bzw. Zuschussgeber für die Kl-

TAs stöhnen unter ihrer oftmals großen Schuldenlast. Gleichzeitig klettern die Steuer- und Zins-einnahmen von Bund und Ländern. Eine gerechtere Verteilung der Mittel ist vonnöten. So sollte das Betreuungsgeld, das zukünft-

ig nicht mehr gezahlt wird, im Erziehungsbereich bleiben und z.B. für die höhere Bezahlung der Erzieher/innen genutzt werden statt im allgemeinen Haushalt zu verschwinden.

Jedenfalls geht die Tarifaussensatzung weiter. Nach der ersten Verhandlungs- und Streikrunde lag ein „Schlich-

tergebnis“ auf dem Tisch, das für die gewerkschaftlich organisierten Erzieherinnen und Sozialarbeiter völlig unzumutbar war: es sollte Tarifierhöhungen zwischen 2 % und 4.5 % für fünf Jahre geben. Das haben rund 70 % der verdi- und GEW-Mitglieder zurückgewiesen. Die Forderungen der Gewerkschaften lagen bei rund 10 % mehr durch Eingruppierung in höhere Ge-

haltsstufen. Jetzt wird es wahrscheinlich im Oktober zu neuen Streiks kommen. Die BALL erklärt sich mit den Forderungen von VERDI solidarisch. Das Ergebnis der Tarifaussensatzung ist nicht nur für die 240.000 Beschäftigten bei den kommunalen Arbeitgebern von Bedeutung. In Folge werden sich auch freie und kirchliche Träger daran orientieren müssen. Es geht um die Zukunft im Erziehungswesen und nicht zuletzt sind die Ergebnisse in diesem Bereich auch ein Signal für andere Bereiche wie z.B. die Altenpflege.

## BALL bleibt bei NEIN zu Sportstättengebühren

**D**ie Barmstedter Linke Liste bleibt bei ihrem klaren Nein zur Erhebung von Sporthallen- oder Sportstättennutzungsgebühren, so wie es im Wahlprogramm der BALL stand. Die Position der BALL: Die Stadt sollte froh darüber sein, dass die Sportvereine ehrenamtlich so viel auf die Beine stellen und weit mehr als 1000 Kinder und Jugendliche regelmäßig

betreuen. Neu hinzugekommen ist die Betreuung von Flüchtlingen durch den BMTV, FC Heede und SSV Rantzaue. Es ist nur angemessen, wenn die Stadt die Arbeit der Vereine durch die kostenlose Mitbenutzung der Sportstätten wie bisher unterstützt. Die Sportvereine mit mehr als 10.000,- Euro abzukassieren – das geht gar nicht.

# Spiel mit dem atomaren Feuer?

Nachdem die meisten deutschen „Leitmedien“ mit einem teils freiwilligen, teils offenbar von der NATO beauftragten monatelangen Einheitsbrei gegen Putin und Russland hetzten, ist es etwas stiller geworden: der Krieg der von den USA mit EU-Unterstützung an die Macht geputschten Poroschenko/Jazenjuk-Regierung gegen die Zivilbevölkerung in der Ostukraine geht weiter. Tausende von Toten, zerstörte Infrastruktur und Städte und rund zwei Millionen Flüchtlinge, die überwiegend nach Russland, Polen, Ungarn, aber auch zunehmend nach Westeuropa fliehen, sind die Zwischenbilanz.

Die USA im Zusammenwirken mit offen faschistischen Verbänden (Rechter Sektor) würden den Krieg gerne weiter führen: die militärische Einkreisung Russlands durch die US-geführte NATO, die erhoffte wirtschaftliche Ruinierung durch Sanktionen und einen teuren Rüstungswettlauf und infolge dessen die politische Destabilisierung Russlands – das sind die Ziele der „Falken“

in der US-Regierung. Die amerikanischen Rüstungskonzerne verdienen: Kriege und militärische Spannungen sind die Basis für ihre Profite. Vor nichts haben sie mehr Angst als vor Frieden und Abrüstung.



Die halbe Ukraine ist inzwischen von amerikanischen, aber auch westeuropäischen Agrarkonzernen aufgekauft. Die deutsch-französisch geführte EU, die anfänglich auch eifrig den Putsch gegen eine gewählte Regierung mit unterstützt hat, bemüht sich jetzt um eine Entschärfung des Konflikts und die Umsetzung

des Minsker-Abkommens mit einem Ruhen der Waffen als ersten Schritt. Am 31.8.2015 versuchten nationalistische und faschistische Verbände mit Granaten auf das Parlament in Kiew erste zaghafte Schritte in Rich-

tung Frieden zu verhindern. Zu riskant für Europa ist das Spiel mit dem atomaren Feuer, zu oft ist die Rede von einem großen Krieg. Wahnsinnige in den USA und in der Ukraine sprechen von begrenzten Atomschlägen oder dem Einsatz „schmutziger Bomben“ gegen Russland. NATO-Übungen an den Grenzen

Russlands auch unter Beteiligung der Bundeswehr können nur als Provokation und Spiel mit dem Feuer angesehen werden. Wiederholt schon ist die Menschheit an der Auslösung eines Atomkriegs vorbeigeschliddert. Nach einem solchen bliebe von Europa und vor allem von der Bundesrepublik nichts mehr übrig. Eher tragikomisch ist es, dass die deutsche Exportindustrie und die Landwirtschaft unter den Wirtschaftssanktionen gegen Russland gewaltig leidet, während trotz aller Sanktionen USA-Konzerne ihre Exporte nach Russland erhöht haben.

Wenn die Menschen in der Bundesrepublik und Europa Vernunft walten lassen und genügend Mitleid mit sich selbst haben, können sie nur dafür eintreten, die akute Kriegsgefahr zu bannen. Die Kriegstreiber auf allen Seiten müssen gestoppt werden. Es kann nur über Verhandlungen und die Umsetzung des Minsker-Waffenstillstands-Abkommens Lösungen geben, und die Sanktionspolitik muß beendet werden.

## Haushaltslage der Stadt: Etwas besser im Schlechten

Auf der Hauptausschussung Anfang September wurde über die Haushaltsentwicklung Barmstedts berichtet. Die Lage ist durch mehr Steuereinnahmen etwas besser, aber weiterhin schlecht, jedoch kaum schlechter als in vielen anderen Kommunen: Das Defizit bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben wird bei ca. 4.3 Millionen Euro liegen. Dabei bestreitet die Stadt nahezu nur Pflichtaufgaben wie die Unterhaltung von Schulen und Kindergärten, und viele „freiwillige“ Leistungen sind schon auf ein Minimum runtergefahren. Gäbe es nicht die hohen Abführungen der Stadtwerke an den Stadthaushalt, läge das reale Haushaltsdefizit bei rd. 5.8 Millionen Euro – so katastrophal ist die Finanzausstattung der Stadt wie vieler Kommunen durch Land und Bund.

Wo nur Schulden sind, endet auch die Demokratie: die gewählten Stadtvertreter können zwar noch entscheiden, ob der Wochenmarkt Mittwoch oder Donnerstag ist, aber kaum mehr. Die politische Verantwortung für die Finanznot der Gemeinden haben die CDU- und SPD-geführten Bundes- und Landesregierungen. Sie haben durch die Abschaffung der Vermögenssteuer und Gewerbesteuer, mehrere Senkungen des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes und der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften und weitere Privilegien auf viele Milliarden an Steuereinnahmen verzichtet. Sie tun nichts Ernsthaftes gegen die legale und halblegale Steuerflucht und -Vermeidung durch große Konzerne. Auch diese Milliarden fehlen in den Haushalten der Städte und Gemeinden.

# Schweigen über Fluchtursachen

Westliche Staaten unter der Führung der USA haben ganze Regionen destabilisiert und zerstört, jetzt fliehen immer mehr Menschen aus den Kriegsgebieten. Das war vorhersehbar. Hier sind einige der Ursachen für die Fluchtbewegungen, über die es in den Medien ein auffälliges Schweigen gibt:

**1)** Nach dem jahrelangen Krieg in Afghanistan ist das Land zerstört, die Armut groß und die Taliban gestärkt. Daran war die Bundeswehr aktiv beteiligt.

**2)** Unter aktiver Beteiligung der rot-grün-regierten Bundesrepublik hat die Nato völkerrechtswidrig Serbien bombardiert und sich in Albanien-Kosovo am Aufbau eines extrem korrupten Regimes unter maßgeblichem Einfluß der UCK-Terroristen/Kriminellen beteiligt. Wen wundert es, wenn die Menschen fliehen.

**3)** Die beiden US-geführten Kriege gegen den Irak haben das Land zerstört. Diese Kriege um Öl und mit der Zielsetzung, Regime, die nicht US-hörig sind, zu destabilisieren, endete mit dem Entstehen von Terrororganisationen.

**4)** Mit der Zielsetzung das iranfreundliche Assad-Regime zu stürzen, wurde in Syrien der Bürgerkrieg kräftig unterstützt. Durch Wirtschaftssanktionen, an denen sich bis heute auch die Bundesrepublik beteiligt, wurde die Not der Zivilbevölkerung verschärft. Terrororganisationen wie die Al Nusra, eine Al Qaida-Gruppierung, wurden von den USA, über Saudi-Arabien und Katar bewaffnet und unterstützt. Wie in den USA das neu freigegebene DIA-Dokument von 2012 zeigt, war die US-Regierung bereits 2012 darüber informiert, dass der Hauptteil der „Anti-Assad-Rebellen“ aus islamistischen Mörderbanden, wie z.B. der Islamische Staat (IS), bestand. Dennoch wurden diese vom US-Geheimdienst unterstützt und auch von mit Deutschland verbündeten Ländern ungehindert mit Geld und Waffen beliefert.

**5)** Vom US-Militärstützpunkt Ramstein aus werden die Drohnenangriffe nach Syrien, in den Irak und den Jemen gesteuert. Unzählige Zivilisten sind dabei die „Kollateralschäden“.

**6)** In Libyen haben amerikani-

sche, französische und britische Angriffe in den Bürgerkrieg eingegriffen und so zum Sturz des Gaddafi-Regimes beigetragen: auch hier ging es um den Zugriff auf Öl und die Zerstörung eines relativ unabhängigen Regimes. Im Endergebnis geht der Bürgerkrieg weiter, der Staat ist zerfallen und islamistische Gruppierungen wie der IS wurden gestärkt.

**7)** Im Jemen überfällt Saudi-Arabien ein anderes Land, und der Westen schweigt. Saudi-Arabien ist der Hauptverbündete der USA und einer der größten Waffenkäufer der deutschen Rüstungskonzerne.

**8)** Der NATO-„Partner“ Türkei greift kurdische Stellungen in Syrien an. Die Kurden leisten Widerstand gegen den IS und wurden von der Bundesrepublik mit Waffen unterstützt. Faktisch unterstützt die Türkei damit die IS-Mörderbanden – im Grunde wie in der Vergangenheit, als diese ihren Nachschub weitgehend ungehindert über die Türkei beziehen konnten. Auch ihre Ölverkäufe, wichtigste Einnahmequel-

le, laufen u. a. über die Türkei.

**9)** Auch unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gehen die Waffenexporte in alle Welt weiter.

Um die Situation der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern und Fluchtursachen zu beseitigen, ist eine Kurswende in der herrschenden Politik notwendig. Bundesregierungen unter Beteiligung von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN haben sich an Interventionskriegen und Regime-Change-Politik direkt beteiligt oder sie indirekt unterstützt. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen gehört u.a. eine aktive Friedens- und Friedenssicherungspolitik und das Verbot von Rüstungsexporten. Darüberhinaus sind zur Reduzierung weltweiter Fluchtbewegungen wirksame Schritte gegen die Klimakatastrophe erforderlich, weiterhin der Aufbau einer gerechteren Welthandelsordnung, der Abbau von Exportsubventionen im Norden und das Zugeständnis an den Süden, dass man dort die heimischen Märkte durch Zölle und Handelsbarrieren schützen darf.

## Barmstedter Feuerwehr: Tanklöschfahrzeug überfällig

Die Barmstedter Feuerwehr benötigt ein neues Tanklöschfahrzeug. Das alte Fahrzeug ist 26 Jahre alt, die Reparaturen häufen sich und die Zuverlässigkeit ist nach Einschätzung der Feuerwehr nicht mehr gegeben. Angeschafft werden soll ein Fahrzeug TLF 3000 mit einem Wasservorrat von 3.000 l und 160 Metern Schlauchlänge. Dieses ist nötig, um ein leistungsfähiges Ersteinsatzfahrzeug für die Brandbekämpfung zu haben. Da die Bestellzeiten ungefähr ein Jahr betragen, sollte jetzt

die Bestellung erfolgen. Dafür muß die Stadtvertretung eine Verpflichtungsermächtigung von 310.000,- Euro für den Haushalt 2016 einplanen. Der Hauptausschuss am 1.9.2015 tat sich merkwürdig schwer damit und vertagte die Entscheidung. „Es muß doch selbstverständlich sein, dass für die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr und die Sicherheit der Bevölkerung alles Notwendige getan werden muss. Die BALL unterstützt vorbehaltlos diese Anschaffung“, so Fraktionssprecher Dr. Günther Thiel.

## Straßenausbaubeiträge senken!

In dem Bundesländern Berlin und Baden-Württemberg werden keine Beiträge für den kommunalen Straßenausbau erhoben. In anderen Bundesländern haben es die Landesregierungen den Städten und Gemeinden freigestellt, ob sie die Beiträge erheben oder nicht. In Bayern haben mehrere tausende Bürger eine Petition zur Abschaffung der Ausbaubeiträge unterzeichnet. Daraufhin musste der Landtag eine Anhörung durchgeführt und die Diskussion um eine Abschaffung der Beiträge geht weiter.

Auch der Allgemeine Deutsche Automobil Club nimmt in einer Broschüre mit dem Titel

„Beiträge der Anwohner zum Straßenausbau in Städten und Gemeinden“ wie folgt Stellung: ‚Der ADAC fordert von den Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten: Schließlich sind die Kosten für das Straßennetz in Deutschland durch Steuern und Abgaben der Nutzer (z.B. Mineralöl- und Kfz-Steuer bereits vollständig gedeckt).‘

Die BALL ist nicht gegen die Sanierung von städtischen Straßen, was uns gelegentlich unterstellt wird, sondern wir lehnen die Finanzierung mit viel zu hohen Straßenausbaubeiträgen ab.

## Neubau bezahlbarer Mietwohnungen erforderlich

Bei der Diskussion über die Ausweisung neuer Baugebiete in Barmstedt fordert die BALL, dass auf jeden Fall der Bau von neuen Mietwohnungen berücksichtigt wird, die von einkommensschwächeren Personen und Familien bezahlbar sind. In Deutschland fehlen nach

Berechnungen des Deutschen Mieterbunds (DMB) mindestens zwei Millionen Sozialwohnungen. Um genug Wohnraum für einkommensschwache Haushalte, aber auch für Durchschnittsverdiener zu haben, werden 3,5 bis vier Millionen Wohnungen benötigt. Derzeit gebe es aber

nur 1,5 Millionen Wohnungen, Tendenz sinkend. Jedes Jahr gehen zudem ca. 80.000 Sozialwohnungen verloren. Schuld seien die Länder, die nicht genügend in den Neubau investierten. Tatsächlich ist trotz des Mangels an bezahlbaren Wohnungen in den Ballungszentren die Zahl

der öffentlich geförderten Sozialwohnungen in Deutschland auf einen Tiefststand gesunken.

Auch in Barmstedt ist seit dem Verkauf der Adlershorst-Wohnungen im Holstenring und im Weidkamp die Zahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung stark gesunken.